

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Donnerstag den 7. März 1878.

72. Jahrgang.

Erscheint täglich  
früh 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Dienstag 10—12 Uhr.  
Donnerstag 4—6 Uhr.

Kennzeichen der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Abtheilungen für Inf.-Anzeigen: Otto Klemm, Universitätsstr. 22.  
Sowie Bödiger, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

Auflage 15,300.  
Abonnementpreis vierteljährlich 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> M., incl. Frangiraten 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 M. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 6-gelb. Zeitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unferem Preisverzeichnis. — Tabellensätze nach höherem Tarif. Rechnungen unter dem Redactionsschild die Spalte 40 Pf. Inserate sind nicht an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

№ 66.

### Bekanntmachung.

Herr A. G. Fischer hier beabsichtigt in seinem an der Georgenstraße unter Nr. 17 gelegenen Grundstücke Nr. 1860 a/b des Grundbuchs und Fol. 1397 des Grund- und Hypothekensbuchs für die Stadt Leipzig eine Schlächtereier für Kleinvieh zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen 22. dieses Monats

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.  
Leipzig, am 4. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Wagnemann.

### Gewölbe-Vermiethung.

Im Universitätsgrundstücke zum „goldenen Bär“, Universitätsstraße Nr. 16, ist ein Gewölbe mit Zubehör vom 1. October 1878 ab auf drei Jahre miethbar zu vermiethen. Miethliebhaber werden ersucht, sich zu dessen Verleiherung

den 8. März 1878, Vormittags 11 Uhr

im Universitäts-Verwaltungsamt (Paulinum) einzufinden und ihre Gebote abzugeben. Die Auswahl unter den Bietenden und die Entscheidung in der Sache überhaupt bleibt dem Verwaltungsamt vorbehalten.  
Leipzig, den 1. März 1878.

Universitäts-Verwaltungsamt.  
Graf.

### Ueber die Stellvertretungsdebatte im Reichstage.

deren Verlauf wir weiter unten eingehend wiedergeben, wird aus Berlin geschrieben:

So liegt nun auch die mit so großer Spannung erwartete Stellvertretungsdebatte hinter uns, und das Publicum, welches Kopf an Kopf die Tribünen des Reichstags füllte, wird ziemlich enttäuscht heimgegangen sein. Man versprach sich allerlei interessante Scenen, prächtige Enthüllungen, vielleicht eine sensationelle Entscheidung, und in der Wirklichkeit erlebte man eine so nüchterne und rein sachliche staatsrechtliche Discussion, wie sie der Reichstag selten gesehen. An sich war die Vorlage allerdings auch gar nicht geeignet, eine Verhandlung voll großer dramatischer Gegensätze hervorzurufen; denn zunächst ist sie ja lediglich die selbstverständliche Konsequenz der im vorigen Jahre kundgegebenen Anschauung des Reichstags. Wenn eine Stellvertretung des Kanzlers in Bezug auf die Gegenzeichnung nach dem gegenwärtigen Wortlaut der Verfassung nicht statthaft ist, so muß diese Lücke ausgefüllt werden. Aus diesem Grunde fand sich denn auch unter den heutigen Rednern kein einziger, der die Vorlage principiell zurückgewiesen hätte; doch wurde an derselben allgemein eine theils formale, theils sachliche Kritik geübt. Am weitesten gingen hierin die Redner der Fortschrittspartei und des Centrums. Der Abg. Hänel entwickelte zahlreiche Bedenken gegen die Vorlage und konstruirte eine Reihe von Forderungen, die sich in das Verlangen nach einem vollstän- digen Verfassungsentwurf vertheilten. Diese Forderung ist von particularistischer und ultramontaner Seite stets auf entschiedenste bekämpft worden. Diesmal aber nahm der Abg. Windthorst zu ihr eine einigermaßen neue Stellung ein. Der bayerische Minister v. Pfeiffer hatte aus der Hänel'schen Rede Veranlassung genommen, die Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien als mit den verfassungsmäßigen Rechten der Einzelstaaten und mit der Stellung des Bundesraths nicht vereinbar darzustellen, und der württembergische Minister v. Wittmann hatte diese Ausführung wiederholt, jedoch mit der Einschränkung, daß die Bundesstaaten in die Errichtung derartiger Ministerien nur unter der Bedingung vollgültiger Garantien für ihre verfassungsmäßigen Rechte würden willigen können; im Uebrigen betrachtete er diese Frage zum Mindesten als noch sehr fern liegend. Dem gegenüber probete nun der Redner des Centrums, daß die Entwicklung mit Riesenschritten zu den Reichsministerien führe und es deshalb höchste Zeit sei, jene Garantien festzustellen. Daß der Abg. Windthorst außerdem ein ganzes Meer von Gefahren hinter der Vorlage suchte, kann nicht Wunder nehmen. Am unbedingtesten zeigte sich der conservative Abg. v. Hellendorff mit derselben einverstanden. Die Mitte nahm der nationalliberale Redner v. Bennigsen ein. Den Hänel'schen Forderungen gegenüber stellte er das Maß des praktisch Nothwendigen und des dem Bundesrathe gegenüber Erreichbaren fest. Betreffs der Fassung der Vorlage forderte er Aufklärung über verschiedene Punkte, andere Einzelheiten behielt er der Specialberatung vor. Das Hauptgewicht legte er auf den § 2, welcher neben der allgemeinen Stellvertretung auch die Vertretung durch die Chef einzelner Reichskämmer gestattet. Hier kam er auf die Nothwendigkeit der Schaffung eines Reichsfinanzamts zu sprechen, betreffs dessen er den allgemeinen Plan der Verbindung mit dem preussischen Finanzministerium als die Vorbedingung einer Steuerreform entwickelte. Die an die Stellvertretungsvorlage geknüpften Befürwörter der Particularstaaten wies er als durchaus unbegründet nach. Das Schlusswort hatte Fürst Bismarck. Er suchte

der Vorlage das harmlose Aussehen zu bewahren, welches ihr die Motive gegeben haben. Sehr ausführlich entwickelte er die Art, wie er sich die Ausführung des Gesetzes denkt. Es waren im Grunde dieselben Gesichtspunkte, welche er schon neulich in der Debatte über das Centralbureau des Reichskanzlers aufgestellt hatte. Was die vom Abg. v. Bennigsen betonte Forderung, daß eine Steuerreform im Reiche nur gleichzeitig mit einer solchen in Preußen beschloffen werden könne, anlangt, so meinte er, diese Frage müsse durch Vertrauen gelöst werden. Schließlich wurde die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission abgelehnt; die weitere Beratung wird also im Plenum stattfinden. — Sie wird hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen und auch wir werden noch eingehend darauf zurückkommen.

Der „Magdeb. Ztg.“ entnehmen wir folgendes betrübende Detail: Der Reichskanzler mußte sich wiederholt niederlegen und durch Weinen stärken. Seine Stimme war so schwach, daß er größtentheils unverständlich blieb. Daher wurde auf Antrag Koster's beschloffen, die zweite Lesung der Vorlage erst nach erfolgtem Druck des stenographischen Verichts vorzunehmen.

Dasselbe Blatt bringt eine Schilderung der Debatte, der wir folgende Züge entlehnen: Die Tribünen waren so dicht besetzt, daß kein Plätzchen leer blieb; viele Zuschauer mühten sich Stundenlang ab, um einen einzigen kurzen, freien Ausblick in den Sitzungssaal zu bekommen, es herrschte eine fast bedrückende Aufmerksamkeit überall in der weiten Halle — und dennoch war Alles, Alles anders als damals, als die Orientfrage ihre magische Gewalt auf die Gemüther ausübte. Jene Angelegenheit beschäftigte die Phantasie der Menschen, erregte das Gemüth und präparirte so zu sagen die innere Stimmung auf das Gesicht. Wenn man ein wenig die Anwesenden darauf hin beobachtete, so fand man überall die deutlichsten Zeichen tiefer Erregung auf die Stirnen geschrieben. Und heute? Trotz der unvorstellbaren Mittheilung aller Mitglieder in der Versammlung selbst wie aus den Tribünen zeigt sich nirgendwo auch nur eine Spur jener aufreißenden Nervosität. Ueberall herrscht ein gemäßigter Ton beruhigenden Nachdenkens vor. Kaum daß sich hier und da der Pintergebante hervorwagt, daß es doch sehr eigentümlich sei, in Gegenwart unseres heraldisch gewachsenen Reichskanzlers die Stellvertretungsfrage zu erörtern. Und Er, dem der ganze Vorgang gilt, sitzt ruhig zuhörend da; keine Miene verräth die Erregung der Seele. Nur ein und das andere Mal, während Herr Hänel seine nicht immer neuen neuen Redebühnen wirken läßt, scheint der Kanzler innerlich dagegen zu reagieren. Wenigstens deuten allerlei Anzeichen darauf hin. Er schreibt häufig ganze Sätze nieder; vermuthlich will er an diese Einzelheiten seine Entgegnungen knüpfen. Allein auch diese kleinen Wellenbewegungen glätten sich nach und nach und sehr bald ist die Fläche wieder scheinbar in vollster Ruhe. Alle Redner besinnen sich der absoluten Entschiedenheit aller Effectphrasen; sie sind ohne Ausnahme stets nur bei der Sache. Sie legen sich alleamt eine weise Beschränkung auf und sie leisten darauf Verzicht, durch irgend welche coloristischen Zaubertrick zu wirken. Es ist daher unvermeidlich, daß eine gewisse Eintönigkeit sich je länger je empfindlicher bemerkbar macht. Aber man würde sehr irren, wenn man aus dieser Eintönigkeit auf eine Mattigkeit der Redner schließen wollte. Keineswegs, vielmehr ist das Gegentheil der Fall. Hinter dieser Eintönigkeit der Redner verbirgt sich eine ganz bedeutende Masse von Gedanken, welche unmittelbar verarbeitet werden sollen. Auf diesem Untergrunde fühlen sich daher gerade diejenigen Redner am sichersten, deren ganze

Natur wesentlich auf reine Sachlichkeit gestellt ist. Zu so gearteten Parlamentarismiliedern gehört in vorderster Reihe Rudolf v. Bennigsen. Seine scheinbare Ausdrucksweise, sein stets sich gleichbleibender Tonfall, der zuletzt sich wie Tonlosigkeit ausnimmt, passen vortreflich zu der ihm eignen logischen Behandlungsweise der vorliegenden Frage. Er will nicht klingen, nicht überreden, sondern er will den Gegner widerlegen, ihn überzeugen. Daher legt er sich scharf an, wo die Ansichten des Gegners nicht ganz stichhaltig sind. Er fällt seinem Gegner nicht in die Platte, er führt keine Scheinbeispiele aus, um die Aufmerksamkeit abzulenken. Nein, er geht seinem Widerpart gerade zu Leibe. Der aber mag sich hüten, denn er hat auf Gnade nicht zu rechnen. Ein logischer Beweis ist eben unbarmherzig oder er ist überhaupt nicht vorhanden. Die Herbigkeit dieses Redners ist daher niemals trüben, weil sie niemals persönliche Beziehungen ausbeutet. Die nüchterne Beweisführung, welche Bennigsen eigen ist, kann den Gegner entwaffnen, sie kann ihn völlig wehrlos machen, aber sie wird ihn niemals mit jener Bitterkeit erfüllen, welche leider nur zu häufig in unseren parlamentarischen Verhandlungen hervorzutreten Gelegenheit findet. Und fürwahr, ein anderer Redner als Bennigsen hätte sich die eigentlich verlockende Gelegenheit nicht entgehen lassen, nach allen Richtungen seine großen und kleinen Pfeile hinfliegen zu lassen. Er hingegen geht diesen Verführungen mit vollster Abtödtung aus dem Wege. Was liegt am Ende an derlei kleinen Malice; es gilt, das große Ziel auf das Rascheste zu erreichen. Dieser Aufgabe ordnet er alles Nebensächliche unter.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 6. März.

In der Frage Camphausen's bleibt es dabei, daß die Entscheidung über das Entlassungsgesuch erst nach der formalen Erledigung der Steuer- vorlagen im Reichstag erfolgen wird. Somit bleibt für Conjecturen und Combinationen bezüglich der Nachfolge mit Zuzug noch geraume Zeit frei. Die durch verschiedene Zeitungen gegangene Sensationsnachricht von einer angeblichen Allerhöchsten Aeußerung gegen Herrn v. Bennigsen auf dem letzten Hofball ist völlig erfunden. Nicht besser geht es aber auch der weiteren Meldung, daß eine Verwechslung mit einer gegen das Reichstags-Präsidium gefallenen Wendung vorliege, die „allerdings nicht so schroff gewesen sei“. Auch in der zweiten Gestalt ist an der Geschichte kein wahres Wort. Der Wunsch ist wohl nicht unberechtigt, daß wirkliche Organe der national-liberalen Partei oder redliche Freunde derselben in der Presse sich und ihre Leser mit solchen Fraubasereien verschonen möchten.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Der Rücktritt des Finanzministers Camphausen stünde, wie man uns berichtet, fest. Der Minister führt die Geschäfte nur noch so lange fort, bis der Nachfolger ernannt ist. Es ist daher auch zweifelhaft, ob Herr Camphausen noch vor dem Landtage erscheinen wird.

Aus Berlin schreibt man der „Nat.-Ztg.“: In der Voraussicht der Conferenz haben sich auswärtige Blätter auch schon mit den diesseitigen Bevollmächtigten beschäftigt und die Herren v. Bälou und Dr. Busch genannt, was natürlich eben so Vermuthung ist, wie der in hiesigen Gesprächen erwähnte Name des Fürsten Hohenlohe. Der Zusammentritt des Friedenscongresses zu Berlin unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck gilt als gesichert. Sämmtliche Signatarmächte haben ihre Zustimmung zugesichert mit Ausnahme von England, dessen Antwort noch aus-

steht, die jedoch gleichwohl als einwilligend erwartet werden kann. So meldet die „Nat.-Ztg.“ Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich empfing am Montag Nachmittag den Reichskanzler Fürsten Bismarck im Schlosse. Am Dienstag Vormittag stattete ihm der Prinz Wilhelm von Preußen einen Besuch ab und ertheilte der Kronprinz Rudolf alsdann Deputationen vom Berliner Oesterreicher- und Ungarverein Audienzen. Am 12 Uhr entpfangt Kronprinz Rudolf mit dem Prinzen Wilhelm einer Einladung der Officierscorps des Kaiser Franz Garde-Granadierregiments Nr. 2 und des brandenburgischen Ulanenregiments Nr. 11 zum Frühstück im Restaurant Poppenberg. Nach Aufhebung der Tafel besuchte derselbe bei einer Spazierfahrt durch den Thiergarten den Zoologischen Garten. — Soweit bis jetzt bestimmt, beabsichtigt der Erzherzog sich am Donnerstag, Vormittags 9 Uhr, zur Beschichtigung seines Ulanenregiments nach Berleberg zu begeben.

Auf ein Gesuch, betreffend die bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden in Rumänien mit den dortigen Christen, hat das auswärtige Amt des deutschen Reiches dem Vorstande der jüdischen Gemeinde in Berlin folgenden höchst erfreulichen Bescheid ertheilt:

Berlin, den 28. Februar 1878.  
Die Vorstellung des Vorstandes der jüdischen Gemeinde vom 1. d. M. und die derselben beigefügten gleichlautenden Vorstellungen der Vorstände jüdischer Gemeinden in anderen deutschen Städten sind dem Fürsten-Reichskanzler vorgelegt worden. Seine Durchlaucht haben von dem Inhalte mit Interesse Kenntniß genommen und mich beauftragt, darauf Nachstehendes ergeben zu erwidern. Der Herr Reichskanzler wird wie bisher, so auch künftig gern jede geeignete Gelegenheit benutzen, um seine Theilnahme für die Erfüllung der in jenen Vorstellungen dargelegten Wünsche zu bekunden. Der Zeitpunkt, zu welchem der Besuch einer solchen Einwirkung zu machen sein wird, läßt sich freilich mit Bestimmtheit nicht vorhersehen; sollten indessen die Verhandlungen der aus Anlaß der gegenwärtigen Friedensunterhandlungen in Anregung gebrachten Conferenz eine Mäßigkeit dazu gewähren, so wird der deutsche Bevollmächtigte alle Bestrebungen unterstützen, welche dahin zielen, daß den Angehörigen jedweden Religionsbekenntnisses in den betreffenden Ländern dieselben Rechte und Freiheiten zu Theil werden, welche ihnen in Deutschland verfassungsmäßig gewährt sind. Ich habe mir zugleich, die gefällige Vermittelung des Vorstandes der jüdischen Gemeinde zu dem Zwecke ergeben zu erwidern, damit die vorstehende Erwidrerung auch zur Kenntniß der beteiligten Vorstände der jüdischen Gemeinde z. gebracht werde.

Der Staatssecretair des Auswärtigen Amtes.  
Verschiedene Wiener Blätter betonen, daß Rußland Grund habe, sich des erfolgten Abschusses des Friedens zu freuen. Das übrige Europa warte gelassen auf die Veröffentlichung des authentischen Textes des Friedensvertrages in dem Gefühle, daß die schwerste Krise noch zu überwinden sei. Das „Freundblatt“ sagt, es fehle nunmehr jeglicher Vorwand für eine Verschlebung der Conferenz. Jetzt müsse es sich zeigen, ob Rußlands Wort, den Tractatmächten das letzte Wort einzuräumen, Ernst sei. An dem großen Resultate des Krieges, der Befreiung der Christen, denke Niemand zu rütteln. Oesterreich verlange Rechte, was den wirklichen Interessen der anderen Mächte zuwiderlaufe. Die „Neue Freie Presse“ hebt hervor, daß Rußland alle Forderungen fallen gelassen habe, welche einen Conflict mit England im Schooße trügen, findet jedoch kein Anzeichen von ähnlicher Rücksicht gegen Oesterreich. — Die „Presse“ meldet, Graf Andrássy werde in dieser Woche in den Delegationen seine orientalische Politik auf Grund von Documenten vollständig entwickeln.

Aus Wien, 4. März, schreibt die „Presse“: Wie wir hören, hängt die Ankunft der ungarischen Mi-